

Hilfsorganisationen schlagen Alarm

Für Vorarlberger, die am wenigsten haben, verschlechtere sich die aktuelle Situation weiter.

SCHWARZACH 78.000 Vorarlbergerinnen und Vorarlberger sind laut Statistik Austria armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Das ist knapp ein Fünftel (19 Prozent) der Gesamtbevölkerung und damit ein hoher Anteil im bundesweiten Vergleich. Höher ist er nur in Wien (28 Prozent). Im Burgenland handelt es sich um zehn Prozent.

Wer armuts- oder ausgrenzungsgefährdet ist, ist nicht zwangsläufig arm. Die Voraussetzungen sind erfüllt, wenn eine alleinstehende Person weniger als 1660 Euro oder zum Beispiel eine dreiköpfige Familie mit einem Kind weniger als 3000 Euro im Monat zur Verfügung hat. Das ist dann deutlich weniger als der Durchschnitt und kann bedeuten, dass es schwer bis unmöglich ist, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Andere Kriterien sind, dass so gut wie keine Reserven vorliegen oder ausreichendes Heizen im Winter zu teuer ist.

Wohnkosten als größte Belastung

Wenn mehrere solcher Kriterien erfüllt sind, spricht man von absoluter Armut. Österreichweit trifft das laut Statistik Austria auf 336.000 Menschen zu. Umgelegt auf Vorarlberg entspricht das laut Caritas-Direktor Walter Schmolly rund 15.000. Tatsächlich wandten sich im vergange-



Ferdinand Koller: „Ich höre, dass bei den Ärmsten nicht gespart wird. Genau das passiert jedoch.“

nen Jahr 7057 Menschen mit finanziellen Schwierigkeiten allein an die Caritas und erhielten von dieser auch Hilfe. Damit sei die Zahl weiter gestiegen, so Schmolly. Betroffenen seien vor allem auch Kinder.

Zu schaffen machen vielen die Wohnkosten: Bei zehn Prozent der Vorarlberger liegt eine Wohnkostenüberbelastung vor. Davon ist die Rede, wenn die Kosten höher als 40 Prozent des Einkommens liegen. Auch dieser Anteil ist im

bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich bzw. nur in Wien (mit 14 Prozent) größer. Im Burgenland handelte es sich wie in Oberösterreich um gerade einmal drei Prozent. Wohnkosten seien „ein riesiges Problem“, bestätigt Ferdinand Koller, Geschäftsführer des Vereins „Dowas“, der bei Schwierigkeiten zur Stelle ist. Wohnen sei in Vorarlberg grundsätzlich sehr teuer, weil es relativ wenige gemeinnützige Angebote gebe. Abgesehen davon ortet Koller eine verhängnisvolle Kürzungspolitik: „Ich höre von Politikern, dass bei den Ärmsten nicht gespart wird. Genau das passiert jedoch: Mit Ausnahme einer kleinen Korrektur sind die Wohnsätze in der Sozialhilfe seit 1. Jänner 2022 nicht erhöht worden. Aufgrund der massiven Teuerung in dieser Zeit sind sie damit de facto stark gekürzt worden. Sie liegen mittlerweile auf einem Niveau, das sich ein größerer Haushalt mit dem, was ihm zugestanden wird, nicht einmal mehr eine neue gemeinnützige Wohnung leisten kann.“

Klimabonus ist Geschichte

Die Nicht-Anpassung der Wohnsätze im Land wird auch von der Armutskonferenz kritisiert: „Das ist fatal und peinlich“, sagt ihr Sprecher Michael Diettrich. Es komme noch heftiger: Auch die Bundesregierung setze durch die Streichung des Klimabonus vor allem „unteren Einkommensgruppen“ zu: „Das ist grundfalsch.“ Walter Schmolly pflichtet bei: „Für diejenigen, die am wenigsten haben, verschlechtert sich die Situation nochmals.“

Der jährliche Klimabonus war wohnortabhängig. Für eine dreiköpfige Familie in Dornbirn etwa belief er sich zuletzt auf 487,50 Euro und im wenige Kilometer davon entfernten Schwarzenberg gar auf 725 Euro. Belief, wie gesagt: Das wird's künftig nicht mehr geben.

JOH



Kommentar
Johannes Huber

Vergessene Schule

Im Mai 2015 hat die Pädagogische Hochschule Vorarlberg Empfehlungen für eine Gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen veröffentlicht. Die damalige Landesregierung hatte darum gebeten. Sie schien sich zu bewegen. Nicht nur auf Druck der Grünen, des seinerzeitigen Juniorpartners der ÖVP, sondern vor allem auch der Wirtschaft. Bis heute, genau zehn Jahre danach, ist jedoch nichts passiert. Da und dort mag diese Schule noch auftauchen. Im Programm der schwarz-rot-grünen Bundesregierung etwa ist sie in einem Unterpunkt enthalten. „Erleichterung von Modellregionen“, heißt es dort. Für eine solche müsste sich jedoch erst ein Land finden, das dazu bereit ist. Vorarlberg ist es nicht mehr. Die Landesregierung, die nach wie vor unter Führung von Markus Wallner (ÖVP) steht, heute aber schwarz-blau ist, hat das Interesse daran verloren.

Dabei wäre eine Gemeinsame Schule wichtiger denn je. Es ist eine Zumutung, mit der Entscheidung „AHS-Unterstufe oder Mittelschule“ schon bei Volksschulkindern eine regelrechte Lebensweg-Entscheidung zu treffen. Es ist auch zynisch, das damit zu begründen, dass der eine Neunjährige eher für einen akademischen und der andere für einen handwerklichen Beruf geeignet sei. Immerhin befinden sich beide in einem Stadium der Entwicklung, die noch für viele Überraschungen gut ist.

Mit der Entscheidung geht unsäglicher Druck für Kinder, aber auch Eltern und Lehrer einher. Diese Woche hat die Statistik Austria zudem Erhebungsergebnisse veröffentlicht, die unterstreichen, wie wichtig eine Veränderung wäre: Zum einen ist es österreichweit noch immer so, dass

es aus der Mittelschule heraus nur wenige Kinder in die AHS-Oberstufe schaffen. Zum anderen führt höhere Bildung zu besseren Berufsaussichten bzw. einem geringeren Armutsrisiko. Daher ist die Entscheidung mit neun, zehn eben auch eine Entscheidung über den Wohlstand, der letzten Endes mit einer größeren Wahrscheinlichkeit erzielt wird.

Noch etwas gehört hinzugefügt: Bei ihren Empfehlungen für eine Gemeinsame Schule hat die Pädagogische Hochschule einst auch betont, dass es darum gehe, den Einfluss des sozioökonomischen Hintergrunds der Eltern zu verringern und die Chancen der Kinder auf eine ihren Fähigkeiten und Interessen entsprechende Laufbahn zu erhöhen. Das war eine Anspielung auf das Problem, dass für zu viele Buben und Mädchen die Eltern nach wie vor auch ihr Schicksal sind. Dass es in vier Jahren Volksschule bei einem desinteressierten Vater und einer desinteressierten Mutter eher unmöglich ist, zu wecken, was vielleicht in ihnen schlummert, geschweige denn, es so weit zu fördern, dass es ihnen zu einem Sprung in eine bessere Zukunft verhelfen könnte.

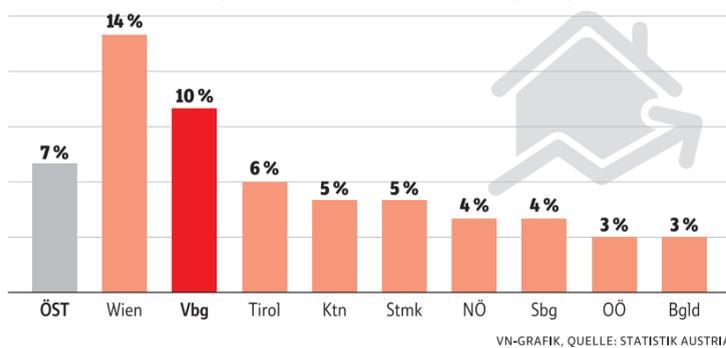
Insofern ist es nicht nur im Hinblick auf den Wirtschaftsstandort, der trotz oder gerade wegen aller Schwierigkeiten und Rezessionen möglichst viel hochqualifizierten Nachwuchs braucht, unverständlich, dass die Gemeinsame Schule in Vergessenheit geraten ist. Es ist auch das Gegenteil von humanistisch.

JOHANNES HUBER
johannes.huber@vn.at

Johannes Huber betreibt die Seite dieSubstanz.at - Analysen und Hintergründe zur Politik.

Wohnkostenüberbelastung

Anteil der Bevölkerung, bei dem eine Wohnkostenüberbelastung vorliegt, in Prozent



VN-GRAFIK, QUELLE: STATISTIK AUSTRIA

Ein ziemlich sorgenvoller Blick in die Zukunft

Vertreter von Menschen mit Behinderung und deren Familien wollen Lobby gründen.

SCHWARZACH Menschen mit Behinderung und deren Familien wollen Sparmaßnahmen, die sie direkt treffen, nicht tatenlos hinnehmen. Am kommenden Montag, dem Tag der Inklusion und Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen soll es zur Gründung einer Lobby kommen. Ziele und Forderungen werden im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt. Eines ist jetzt schon klar: Angehörige von Menschen mit Behinderung blicken sorgenvoll in die Zukunft. Das ergab auch eine Online-Umfrage des Netzwerks Eltern und Inklusion (NELI), an der sich 203 Eltern beteiligten. „Als erste Medienberichte auftauchten und die Institutionen mit konkreten Sparmaßnahmen konfrontiert waren, standen die Telefone bei uns nicht mehr still“, berichtet Nicole Klocker-Manser, auch Obfrau der Integration Vorarlberg. Die Ergebnisse aus der Umfrage würden eine

klare Sprache sprechen: „Bei Menschen mit Behinderung und damit bei uns Familien den Sparstift anzusetzen, ist der völlig falsche Ansatz und ein Schuss nach hinten für den Sozialbereich und dessen Finanzierung.“

Dramatische Aussagen

Die Online-Umfrage lief von 25. März bis 14. Mai 2025 (die VN berichteten bereits über erste Details). Teilgenommen haben Familien aus ganz Vorarlberg, der Großteil kam mit 55 Prozent aus dem Rheintal. Eine beträchtliche Gruppe nutzte die Möglichkeit, die Antworten zu erläutern. Was Eltern demnach besonders umtreibt ist die Frage, wie es mit dem Kind weitergeht, wenn sie selbst die Betreuungsarbeit nicht mehr leisten können (83 Prozent). Auch die Begleitung von erwachsenen Kindern mit Behinderung bedeutet eine Herausforderung, wie 62 Prozent angaben. Einige Aussagen zeigten laut Nicole Klocker-Manser



Menschen mit Beeinträchtigung und deren Familien können die Sparmaßnahmen im Sozialbereich kaum schultern.

APA



Nicole Klocker-Manser hofft, dass die Umfrage-Ergebnisse aufrütteln.

in einem alarmierenden Ausmaß, wie sehr Familien mit Kindern mit Beeinträchtigung psychosozial belastet sind. Beispiele: „Wir stecken als Eltern extrem zurück; ich bin inzwischen so am Limit, dass ich überlege, mit meinem bisschen Erwerbsarbeit ganz aufzuhören, da ich einfach

nicht mehr kann; Freunde treffen am Abend - was ist das?; es bleibt so gut wie alles auf unseren Schultern hängen; die stundenlange Pflege, die emotionale Last und der finanzielle Druck, weil die Krankheit Geld kostet und das Pflegegeld nicht einmal unseren Einkommensverlust kompensiert; jedes Mal, wenn ich versuche Hilfe zu finden, diskutiere ich wochenlang und stehe oft zum Schluss alleine da.“

Wartezeiten und Jobängste

Es hakt aber auch schon ganz praktisch. Familienentlastungsgutschei-

ne können nicht eingelöst werden, therapeutische Angebote werden gekürzt, der Zugang zu notwendigen Therapien ist erschwert, es gibt lange Wartezeiten und keine Ersatztermine. Die Streichung von Transporten, etwa bei der Lebenshilfe, führt zu Jobängsten, weil diese Aufgabe nun die Familien, vorzugsweise die Mütter schultern müssen. Bei der Integration in die Regelschule (Mittelschule) hapert es aufgrund von Personalmangel offenbar ebenfalls gehörig. Die Schließung der unterstützenden Einrichtungen in den Herbstferien ist ein weiteres gravierendes Problem, das auf Familien zukommt. „Diese Daten brauchen keine weitere Interpretation“, fasst Nicole Klocker-Manser nüchtern zusammen, bietet aber an: „Gerne stehen wir für konstruktive Gespräche und Mitarbeit zur Verfügung.“ Die SPÖ will die, wie sie es nennt, herzlosen Kürzungen im Sozialbereich zum Thema der Aktuellen Stunde in der Landtagssitzung am 7. Mai 2025 machen. **VN-MM**

Online-Forum des Landes für Rückmeldungen zur Weiterentwicklung der Familienentlastungsangebote: www.vorarlberg.mitdenken.online